



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/27 - 1. Februar 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-38
Fernschreiber 0886890

"Die Kanone ist nach hinten losgegangen"	S. 1
Anna Kothly vor der UNO	S. 3
Wärmeling und die Entwicklung in Polen	S. 5
Gedanken zum Berufsverkehr	S. 7

Regierung blieb die Antwort schuldig

G.M. - "Die Kanone ist nach hinten losgegangen", sagte in der Nacht von Donnerstag zu Freitag ein CDU-Abgeordneter betäubt zu seinen Kollegen. Er meinte damit die außenpolitische Debatte im Bundestag, in der - laut Vorkündigung der CDU - die SPD "an die Wand gespielt" werden sollte...

Die Kanzlerpartei war ausgezogen, um sich in Ermangelung sachlicher Argumente gegen die SPD eine Art außenpolitische Wahlkampfplattform zu schaffen. Aus daraus geworden ist, findet in dem grössten Teil der deutschen Presse und sogar in Zeitungen, die der CDU sehr freundlich gesinnt sind, seinen Niederschlag in der Feststellung, dass die Regierung nichts Neues zu bieten hat, dass sie eingeschlossen ist, die NATO-Konzeption bis zum bitteren Ende durchzuhalten und dass sie es schliesslich sogar ablicht, sich mit neuen Ideen zu einer aktiven Politik der deutschen Wiedervereinigung zu befassen.

Man hat gelegentlich in der Presse die Härte der Auseinandersetzungen beklagt. Was soll das heissen? Verlangt man etwa von der SPD, dass sie sich eine Unterstellung gefallen lässt, wie den Ausspruch Kiesingers: "Wenn die SPD in den vergangenen Jahren die politische Verantwortung getragen hätte, dann hätte sie vielleicht die Sicherheit verspielt, aber die Wiedervereinigung nicht gebracht"? Diese Art von "Polcmik" verdient keine andere Antwort als den Zwischenruf Wehners "Vor das sagt, der ist ein Verleumder!"

Kein Sprecher der Regierungsparteien, auch nicht der Aussenminister, konnte sagen, welchen Weg die jetzige Bundesregierung zur Lösung des Problems Nr. 1 der deutschen Politik - der Wiedervereinigung - für möglich hält. Es gibt für die Regierung und die sie tragenden Parteien keine veränderte Weltituation. Die Tatsache, dass die NATO und auch das Warschauer Pakteystem Risse aufzeigen, wird ignoriert. Die Tatsache, dass im gegenseitigen Wettrüsten

1. 2. 1957

zwei Machtblöcke, deren Schnittfläche mitten in Deutschland liegt, die Gefahr der Verewigung der deutschen Spaltung begründet ist, wird einfach nicht zur Kenntnis genommen. Sogar der Versuch, diesen für unser Volk und für die Welt gefährlichen Zustand durch eine neue Politik zu überwinden, wird abgelehnt.

Noch nie hat sich die Ideenlosigkeit und die im strategischen Denken verkrampfte Politik der jetzigen Bundesregierung so deutlich manifestiert, wie an diesem denkwürdigen Donnerstag im Bundestag.

Die innere Zerfahrenheit und Hilflosigkeit der Regierungskoalition kam sogar auch zum Ausdruck, als Ollenhauer, Wehner, Erlor und Brandt mit bewunderungswürdiger Geduld einer gestikulierenden CDU-Fraktion immer wieder erläuterten, dass erfolgversprechende Verhandlungen mit dem Ziele der Wiedervereinigung Deutschlands nach allen bisherigen Erfahrungen überhaupt nur möglich sind, wenn man den zukünftigen militärischen Status des in Freiheit und Frieden wiedererrichteten Deutschland zur Diskussion stellt. Da gab es Gelächter und ablehnende Zwischenrufe auf den Bänken der Regierungsparteien. Man wollte die Berechtigung dieses Hinweises der Opposition einfach nicht anerkennen. Etwas später jedoch bemühten sich die Sprecher derselben Regierungsparteien nachzuweisen, dass die Regierung durch ihr letztes Memorandum an die Sowjetunion "in Grunde genommen" diese Probleme bereits zur Krörterung gestellt habe.

Auch bei der Auseinandersetzung über das von der SPD geforderte kollektive Sicherheitssystem in Europa blieb die Koalition auf der Strecke. Erlor erinnerte die CDU daran, dass Bundeskanzler Dr. Adenauer gemeinsam mit Präsident Eisenhower eine Erklärung herausgegeben habe, in der ebenfalls ein kollektives Sicherheitssystem für Europa angesprochen wird. Als zu später Abendstunde Bundesverteidigungsminister Strauß - offenbar selbst beeindruckt vom Verlauf der Debatte - zugeben musste, dass man auch ein anderes Sicherheitssystem als die NATO, die fälschlicherweise von der CDU immer als "die einzige Möglichkeit der Sicherheit" bezeichnet wird, anstreuen könne, war es ganz aus.

Es ist gut, dass in dieser grossen Bundestagsdebatte über die Aussenpolitik der Regierung diesmal nicht mit "Finessen" operiert wurde. Die Argumente und Gegenargumente standen hart im Raum und niemand wird sagen können, dass die Opposition auch nur einer der vielen an sie gestellten Fragen ausgewichen wäre. Umgekehrt aber steht heute fest, dass die Regierung dem deutschen Volke die Antwort auf die Frage der Opposition schuldig geblieben ist, was sie praktisch zu tun gedenkt, um ihre Sicherheits- und Wiedervereinigungspolitik aus der Sackgasse herauszuführen.

+ + +

Sprecherin ihres Volkes

G.L., UNO, New York, Ende Januar

Es war nur ein Zufall und doch nicht ohne symbolische Bedeutung, dass das Untersuchungskomitee über Ungarn seine öffentlichen Verhandlungen im grossen Saal des Treuhändrates begann. Dieser vielleicht schönste, jedenfalls eigenartigste der drei Ratssäle der Vereinten Nationen dient vor allem den Sitzungen des Treuhändrates, der Kolonialvölker unter Treuhandschaft oder ohne jede rechtliche Sicherung zu betreuen und ihnen ein Mindestmass von rechtlichem oder sozialem Schutz sichern soll. Es war der richtige Saal für die Untersuchung über das, was die Sowjets dem ungarischen Volk angetan haben und was die gegenwärtige Lage in Ungarn unter der Kolonial-Regierung Kadar ist...

Die Vereinten Nationen hatten einen ihrer "grossen" jedenfalls einen ihrer sorgenschweren Tage. Einige Schritte vom Treuhändrat-Saal, in der grossen Versammlungshalle tagte die Generalversammlung und beschäftigte sich mit der wieder sehr explosiv gewordener Palästina-Frage und den zukünftigen Beziehungen zwischen Israel und Ägypten. Gerade als Anna Kethly ihre Darlegungen vor dem Ungarn-Komitee begann, sprach der Botschafter Israels und nach ihm der US-Botschafter - und beide Reden waren für die weitere Entwicklung dieser Frage, in der zunächst noch niemand einen rechten Ausweg sieht, sehr bedeutungsvoll. Trotzdem war der grosse Treuhändsaal dicht besetzt: Nicht nur in der Galerie und in dem für die Journalisten reservierten Teil, sondern auch im "Parkett", wo UNO-Diplomaten Zutritt haben. Eine Reihe von Delegationschefs oder andere Regierungsvertreter kamen zu den Beratungen, manche harrten lange aus, bis sie zu diplomatischen Besprechungen abberufen wurden. Jedermann konnte sehen, dass es keine nebensächliche Angelegenheit war, dass das Ungarn-Komitee tagte und Anna Kethly sprach...

Nicht als Bittende, als Ankläger

Und doch - es war reichlich spät: Zweieinhalb Monate nachdem Anna Kethly nach New York geflogen war, um in der Stunde der höchsten Not für ihr Volk zu sprechen. Und es war für den Ton, in dem sie zu dem Komitee, zu den Vereinten Nationen, zur Welt vom ersten Augenblick an kennzeichnend, dass sie nicht als Bittende kam, sondern als Ankläger. Hätten die Vereinten Nationen den Ruf der Nagy-Koalitionsregierung, als deren Mitglied Anna Kethly sprach, gehört, und hätten sie etwas unternommen, um Ungarn den Schutz zu geben, nach dem die Nagy-Regierung rief, dann wäre die Tragödie dem ungarischen Volk erspart geblieben. Und Anna Kethly fügte ihrer Klage gegen die Sowjetunion hinzu: Völker können nur dann friedlich zusammenleben, wenn die Rechte der einzelnen Nationen respektiert werden, wenn auch die Kleinen ihr Lebensrecht und ihre Würde behalten.

Es war eine stolze Frau, aufrecht, ungebrochen, die hier vor die Vereinten Nationen trat. Schon als sie zu Beginn der Sitzung,

während der Vorsitzende, Alsing Andersen von Dänemark mit Würde und Entschiedenheit die Aufgaben des Komitees erwähnte, gemeinsam mit General Kiraly, dem Kommandanten der ungarischen Armee, und Bürgermeister Koevago auf den für Delegierte reservierten Sitzen wartete, fiel die stolze Haltung der tapferen Frau mit dem jung gebliebenen Gesicht und dem grauen Haar auf. Und sie war ein Staatsminister vom Scheitel bis zur Sohle, als sie von einem JNO-Beamten geleitet, ihren Sitz am Zeugentisch vor dem Komitee einnahm.

Anna Kethly sprach beinahe volle drei Stunden - eine schon physisch erstaunliche Leistung. Sie sprach ungarisch auf Grund eines vorbereiteten Textes, der auch in englischer Sprache vorlag - an den sie sich wiederholt nicht hielt. Sie machte Einschübe, las ungarische Zeitungen vor, die unter Kadar gedruckt, aufschlussreiche Eingeständnisse sowohl über die unselige Rakosi-Periode wie auch über die brutale unverhüllte russische Intervention enthielten. Anna Kethly verlor nicht einen Augenblick in den drei Stunden den Faden, sie hatte genaueren Überblick über ihr Quellenmaterial: nach allem, was diese Frau in den letzten Jahren und den letzten Monaten mitgemacht hat, war es erstaunlich, dass sie sachlich, niemals sentimental, aber immer stark und unbogsam ihren Fall, die Sache Ungarns darlegte. Während sie sprach wurde gleichzeitig übersetzt: die russische Übersetzung war stumm, es war niemand interessiert, in russischer Sprache zu hören, was Anna Kethly zu sagen hatte...

Stolze Tochter ihres Landes

Ihre Darstellung war eine Geschichte Ungarns in den letzten zwölf Jahren: die Hoffnung, mit der die Russen als "Befreier" von den Nazis erwartet wurden, die Enttäuschungen und dann die Unterdrückung und Ausbeutung Ungarns. Es war eine Schilderung der kommunistischen Herrschaftsmethoden, der Zerstörung der Landwirtschaft, der Unterdrückung der Arbeiter, der verschiedenen Versuche, das Regime zu mildern und dann wieder zu verschärfen, der Experimente der Russen in den letzten Monaten und schliesslich des Aufstandes und der Bemühungen der Nagy-Regierung, das Land zu befreien. Und es war eine erschütternde Darstellung der neuerlichen, blutigen Unterdrückung des Landes. Mit tiefer Erschütterung hörte jeder in Saal, als Anna Kethly den Ukas des russischen Stadtkommandanten von Budapest, Generalmajor Grebenyik vorlas:

"Ihr müsst verstehen, dass es nicht die Kadar-Regierung ist, die hier regiert, sondern die Sowjet-Militär-Herrschaft und sie hat genug Macht, die ungarischen Arbeiter zu zwingen, die Arbeit wieder aufzunehmen..."

Anna Kethly endete, wie sie begonnen hatte: Mit einer Forderung die eine Anklage war. Von ihrem Text abweichend, erklärte sie: "Ich will mich hier unterbrechen um eine besondere Forderung zu erheben: Die Russen schulden den Ungarn Reparationen für das, was sie zerstört haben. Die Russen müssten den Wiederaufbau lassen, was ihre Armee zerstört hat, bezahlen...". Und sie fügte die Forderung hinzu, dass sie als das einzige in Freiheit befindliche Mitglied der Nagy-Regierung als Vertreterin Ungarns von den Vereinten Nationen anerkannt werde - und nicht die Abgesandten der Budapester Satelliten.

Es war der Stolz der Ungebeugten, der aus Anna Kethlys Rede sprach. Sie war in diesen drei Stunden die Vertreterin der ungarischen Felder.

Unverantwortliche Hetze

K.N.S. Jeder ernsthafte deutsche Politiker sollte an der Entwicklung, die mit der Rückkehr Gomulkas in Polen eingesetzt hat, besonders interessiert sein. Denn hier begegnen wir - nach Stalins Tod und der tatsächlichen oder behaupteten Einwendung des Krenl zu einer Politik der Koexistenz und des Friedens erstmalig - den Versuch eines europäischen Ostblockstaates, eine Art "Titoismus" zu begeben.

Man weiss, dass der entsprechende Versuch der Ungarn den Sowjets offenbar "zu weit" gegangen ist, aber man kennt die Grenzlinie des "Erlaubten" nicht und gerade das ist entscheidend im Interesse einer freiheitlichen Friedenspolitik. Der Kommunist Gomulka verspricht nun - in einer höchst lebensgefährlichen Gratwanderung, wie es aussieht - das polnische Volk innerhalb dieser, von Moskau geduldeten Grenzen der Freiheit zu führen.

Wenn es etwas gibt, das völlig ungeeignet ist, für innerdeutsche, parteipolitische Polemiken Stoff zu liefern, dann ist es das kühne Experiment Gomulkas, das für die gesamte Menschheit von so ungewöhnlicher Bedeutung sein kann.

Was aber macht der Bundesfamilienminister Dr. Wünneling, nachdem er die in der Bundestagsdebatte über die Rentenreform verloren gegangene Sprache wiedergefunden hat? Er schreibt in der "Kölnischen Rundschau" vom 26. Januar eine Sonntagsbetrachtung zum Thema: "Unsere Freiheit steht auf dem Spiel". Es heisst u.a.:

"Die rote Flut (damit meint der "fromme" Herr die deutsche Sozialdemokratie!) ist - durch Stimmen der Kommunisten und der Kleinparteien FDP und BHE - im letzten Jahr angestiegen, weil man den Menschen vorgaukelte, es sei alles nicht mehr so gefährlich.."

Zum "Beweise" dessen zitiert er dann aus einer Tageszeitung einige Sätze - natürlich zusammenhanglos - , die zeigen sollen, wie sehr die SPD das Bemühen des Kommunisten Gomulka bejaht. Und also kann es niemand wundernehmen, so folgert der Bundesminister dann allen Ernstes, wenn "Moskau seine Hoffnungen auf die SPD setzt".

Leichtfertiger und bösertiger kann man Fragen von weltpolitischer

Bedeutung überhaupt nicht zu polemischen Zwecken missbrauchen. Die gleiche "Kölnische Rundschau" aber, die dem Minister dafür bereitwilligst den Raum des Leitartikels überliess, hatte in einer Analyse der polnischen Situation an der gleichen Stelle zwei Tage zuvor geschrieben:

"Der Kardinal und der Generalsekretär der Kommunistischen Partei hatten Hand in Hand die Wähler ermahnt, so zu stimmen, wie sie es dann auch taten".

Das Blatt der Fuldaer Bischofskonferenz, das "Echo der Zeit" schließlich zitiert am 27. Januar sogar einen Minister der Gomulka-Regierung, der sich bitterdarüber beklagt, dass der Westen (einschliesslich der Bundesrepublik) Polen nicht wirtschaftlich zu Hilfe käme, mit "uneigenrützigem, von allen politischen Gesichtspunkten gereinigtem Hilfsaktionen"; aber, so meint er (man höre und staune, was das "Echo der Zeit" kommentarlos wiedergibt): "Der Krämergeist beherrscht sie nach wie vor alle".

Der kommunistische Minister bedauert es (und das "Echo der Zeit" druckt es ohne Kommentar), dass sich "die Amerikaner, Engländer, Franzosen und auch die Bundesdeutschen haarspalterisch um eine Interpretierung der polnischen Vorgänge bekümmern". Sie sollten nur frisch drauf los Hilfe leisten; wirtschaftliche Hilfe. Und das "Echo der Zeit" ist offensichtlich gleicher Ansicht. Von alledem schreibt Minister Würmeling natürlich kein Sterbenswörtchen. Ebensowenig darüber, dass Eisenkower der kommunistischen polnischen Regierung nur tatsächlich diese Wirtschaftshilfe zugesagt hat. Es geht dem Herrn Bundesminister unverkennbar überhaupt nicht darum, den Leser seiner Sonntagsbetrachtung mit wahren Sachverhalten der Weltpolitik zu konfrontieren. Es geht ihm nur darum, gegen die SPD zu hetzen. Und dafür muss jedes Mittel herhalten.

* * *

Die menschlich-soziale Seite soll immer im Vordergrund stehen

Dr. F. W. Unter den strukturpolitisch wichtigsten Zweigen der Wirtschaftspolitik hat die Verkehrspolitik unserer Meinung nach einen der ersten Plätze zu beanspruchen. Eine besondere Rolle darin sollte der Berufsverkehr spielen. Berufsverkehr nennen wir die Summe aller öffentlichen und privaten Verkehrsleistungen, die der Beförderung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz dienen. Bei keiner Betrachtung und keiner Entscheidung sollte die menschlich-soziale Seite des Berufsverkehrs an der zweiten Stelle stehen, sie muss vielmehr immer die erste Stelle einnehmen. Die Frage kann also nie so gestellt werden, als gelte es nur, in Einzelfälle so und so viele Arbeitskräfte für diese oder jene Produktion zu einer bestimmten Zeit von einer bestimmten Stelle an eine andere zu bringen. Das wäre eine rein funktionelle Auffassung, die leider lange genug und mit grossem Unheil das verkehrspolitische Handeln weitgehend bestimmt hat. Wenn wir daran denken, dass vor einigen Jahren schon mehr als ein Fünftel aller in der industriellen Wirtschaft der Bundesrepublik beschäftigten Menschen ausserhalb ihres Wohnortes arbeiten, so wirft dieser hohe Anteil ein bezeichnendes Schlaglicht auf das bestehende Problem.

Das Problem besteht einerseits darin, den klaffenden Abstand zwischen Wohn- und Arbeitsort durch eine entsprechende Wohnungsbau- und Siedlungspolitik zu vermindern und zur gleichen Zeit dafür zu sorgen, dass für den restlichen Berufsverkehr, der sich dann ja bis zu einem gewissen Grade naturgemäss und durch die Grösse industrieller Siedlungsgebiete wie auch grösserer Städte bedingt, als eine konstante Grösse erweisen wird, ein Höchstmass von Sicherheit, Bequemlichkeit und Schnelligkeit der Beförderung geschaffen wird. Wir sind uns leider allzu gut bewusst, dass es sich bei dieser Forderung um Zukunftsmusik handelt und dass die gegenwärtigen Verhältnisse nicht dazu angetan sind, Zufriedenheit hervorzurufen. Wir wollen aber auf der anderen Seite gerechterweise nicht übersehen, dass uns zum Beispiel durchaus die Schwierigkeiten bekannt sind, die der grösste Träger des Berufsverkehrs, die Deutsche Bundesbahn, mit ihren diesbezüglichen Anstrengungen hat.

Eine soziale Aufgabe

Die Gestaltung des Berufsverkehrs muss eine soziale Aufgabe sein, weil die Art und Weise seines Funktionierens oder Nichtfunktionierens nicht nur technische Störungen in den Produktionsprozess bringt, sondern weil dadurch ganz entscheidend die menschliche Substanz, der doch eingeständenermassen die Gesamtwirtschaft zu dienen hat, betroffen wird. Eine soziale Aufgabe von dieser Grössenordnung kann man aber unmöglich einem einziger volkswirtschaftlichen Verkehrsträger aufbürden, den man auf der anderen Seite durch Gesetz gezwungen hat, seinen Betrieb nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu führen und entsprechende Rechnung zu legen. Ausserdem trägt die Bundesbahn immer noch ein gerüttelt Mass an Kriegsfolgelasten, die ebenfalls im Hinblick auf die soziale Aufgabe der Berufsverkehrsgestaltung auf breitere Schultern gelagert werden sollten.

Die bequeme, schnelle und sichere Verkehrsleistung von der Wohnung

zur Arbeitsstätte ist ebenso wichtig wie das Transportproblem technischer Güter von Haus zu Haus beispielsweise. Dieser Transport wird immer mehr ausgebaut, um Zeit und Geld zu sparen. Wie aber steht es mit dem Transport vom Wohn- zum Arbeitsplatz? Werden in dieser Einsicht nur entfernt die gleichen Anstrengungen gemacht? Diese Frage muss verneint werden. Und warum ist es hier anders? Weil die Sozialtarife zu niedrig sind? Würde ihre Erhöhung in der Endkonsequenz aber nicht heissen, dass der Berufsvorkkehrsteilnehmer, falls man über seine Tarife die Finanzmisere der Bundesbahn beheben wollte, einen Aufwand bezahlen müsste, der als volkswirtschaftliche Notwendigkeit ebenso eindeutig ist wie die Güterbeförderung? Während diese aber als Unkosten in die Preise der erzeugten Güter einginge, müssten jene von Millionen Berufstätigen ganz privat getragen werden.

Diese Rechnung geht nicht auf

Das ist doch eine Rechnung, die nie aufgehen kann. Ähnliches wie für den Eisenbahnverkehr gilt in den grösseren Nahverkehrszonen auch für die Strassenbahnen, die ja meist ebenso im öffentlichen Besitz sind. Nach der Zahl der beförderten Personen standen die Strassenbahnen im Jahre 1954 mit ungefähr drei Milliarden an der Spitze, während die Eisenbahnen bei etwa 1,5 Millionen lagen. Nach der Zahl der Personenkilometer ist das Verhältnis allerdings umgekehrt. Auf die Eisenbahnen entfallen rund 35 Milliarden Personenkilometer. Dagegen sind es bei den Strassenbahnen nur nahezu 20 Milliarden. Wenn man bedenkt, dass die im gewerblichen Personenverkehr beförderten Personen alle durchschnittlich nur etwas mehr als zehn Kilometer fahren, so wird schon allein daraus die ausserordentlich grosse Wichtigkeit der Lösung der Nahverkehrsprobleme ersichtlich. Diese Probleme sind aber zum grössten Teil wiederum Probleme des Berufsverkehrs. Je schneller und besser sie gelöst werden, desto beständiger wird auch das gesamtwirtschaftliche Klima sich gestalten. Investitionen auf diesem Gebiete sind ebenso wichtig wie diejenigen im übrigen Produktionsapparat.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel